



Haftung der Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

LAUSEN
www.lausen.com
kanzlei@lausen.com

MÜNCHEN
Residenzstr. 25
80333 München
Tel.: +49 89 24 20 96 0

KÖLN
Wolfsstr. 16
50667 Köln
Tel.: +49 221 27 24 78 0

HAMBURG
Gutruf Haus • Neuer Wall 10
20354 Hamburg
Tel.: +49 40 54 09 03 19 0

BERLIN
Meinekestr. 4
10719 Berlin
Tel.: +49 30 51 99 97 20

Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Hintergrund: Haftung von Video-Sharing- und Sharehosting Plattform für Urheberrechtsverletzungen

EuGH, Urteil vom 22. Juni 2021 - C-682/18 und C-683/18 - YouTube und Cyando / Rn. 102

Art. 3 Abs. 1 der Urheberrechtsrichtlinie ist dahin auszulegen, dass seitens des Betreibers einer Video-Sharing- oder Sharehosting-Plattform, auf der Nutzer geschützte Inhalte rechtswidrig öffentlich zugänglich machen können, keine „öffentliche Wiedergabe“ dieser Inhalte im Sinne dieser Bestimmung erfolgt, es sei denn, er trägt über die bloße Bereitstellung der Plattform hinaus dazu bei, der Öffentlichkeit unter Verletzung von Urheberrechten Zugang zu solchen Inhalten zu verschaffen.

Dies ist namentlich dann der Fall,



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Hintergrund: Haftung von Video-Sharing- und Sharehosting Plattform für Urheberrechtsverletzungen

EuGH, Urteil vom 22. Juni 2021 - C-682/18 und C-683/18 - YouTube und Cyando / Rn. 102

- wenn der Betreiber von der rechtsverletzenden Zugänglichmachung eines geschützten Inhalts auf seiner Plattform konkret Kenntnis hat und diesen Inhalt nicht unverzüglich löscht oder den Zugang zu ihm sperrt, oder
- wenn er, obwohl er weiß oder wissen müsste, dass über seine Plattform im Allgemeinen durch Nutzer derselben geschützte Inhalte rechtswidrig öffentlich zugänglich gemacht werden, nicht die geeigneten technischen Maßnahmen ergreift, die von einem die übliche Sorgfalt beachtenden Wirtschaftsteilnehmer in seiner Situation erwartet werden können, um Urheberrechtsverletzungen auf dieser Plattform glaubwürdig und wirksam zu bekämpfen, oder auch,



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Hintergrund: Haftung von Video-Sharing- und Sharehosting Plattform für Urheberrechtsverletzungen

EuGH, Urteil vom 22. Juni 2021 - C-682/18 und C-683/18 - YouTube und Cyando / Rn. 102

- wenn er an der Auswahl geschützter Inhalte, die rechtswidrig öffentlich zugänglich gemacht werden, beteiligt ist,
- auf seiner Plattform Hilfsmittel anbietet, die speziell zum unerlaubten Teilen solcher Inhalte bestimmt sind, oder
- ein solches Teilen wissentlich fördert, wofür der Umstand sprechen kann, dass der Betreiber ein Geschäftsmodell gewählt hat, das die Nutzer seiner Plattform dazu verleitet, geschützte Inhalte auf dieser Plattform rechtswidrig öffentlich zugänglich zu machen.



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Hintergrund: Haftung von Onlinemarktplätzen für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Urteil vom 23.10.2024 – I ZR 112/23 – Manhattan Bridge / Rn. 31

Nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union zählen zu den insoweit maßgeblichen Gesichtspunkten die Tatsache,

[siehe EuGH, Urteil vom 22. Juni 2021 - C-682/18 und C-683/18 - YouTube und Cyando / Rn. 102]



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Sachverhalt

- Kläger ist Inhaber der Rechte an einem Tonträger.
- Die Beklagte betreibt ein CDN.
- Das CDN hostet und oder spiegelt eine von dem Dienst D betriebene Linksammlung.
- Über einen der Links aus der Linksammlung gelangt man zu dem illegal gehosteten Tonträger.



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Sachverhalt





Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Sachverhalt

- Der Kläger mahnte den Beklagten wegen der öffentlichen Zugänglichmachung des Tonträgers mehrfach ab.
- Die Beklagte reagierte nicht.
- Der Kläger verklagte den Betreiber des CDN und verlangte, es zu unterlassen, den Tonträger öffentlich zugänglich zu machen.
- Das LG und das OLG Köln gaben der Klage statt.

Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Sachverhalt

- Das OLG hat argumentiert, dass die Beklagte das Musikalbum als Täterin rechtswidrig öffentlich zugänglich gemacht habe, indem sie ihr CDN dem Dienst D zur Verfügung gestellt hat.
- Die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union zu Hosting-Providern (**Urteil vom 22. Juni 2021 - C-682/18 und C-683/18 - YouTube und Cyando**) sei auf andere Providerarten übertragbar, wenn sie eine zentrale Rolle bei der Vermittlung von Urheberrechtsverletzungen im Sinn dieser Rechtsprechung spielten.



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Beschluss zur Vorlage an den EuGH

- Frage 1:
Kann eine Handlung des öffentlichen Zugänglichmachens eines Tonträgers im Sinn des **Art. 3 Abs. 2** Buchst. b der Richtlinie 2001/29/EG nur durch denjenigen vorgenommen werden, in dessen eigener **Zugriffssphäre** sich die geschützte Aufnahme befindet? Oder kann dies - und wenn ja unter welchen Voraussetzungen - auch durch das Setzen eines **Hyperlinks** geschehen?



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Begründung

- Gemäß **Art. 3 Abs. 2** Buchst. b der Richtlinie 2001/29/EG sehen die Mitgliedstaaten für die Tonträgerhersteller in Bezug auf ihre Tonträger das ausschließliche Recht vor, zu erlauben oder zu verbieten, dass sie drahtgebunden oder drahtlos in einer Weise der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, dass sie Mitgliedern der Öffentlichkeit von Orten und zu Zeiten ihrer Wahl zugänglich sind.
- **Diese Regelung unterscheidet sich** von der für Urheber geltenden Regelung des **Art. 3 Abs. 1** der Richtlinie 2001/29/EG, nach der die Mitgliedstaaten das ausschließliche Recht der öffentlichen Wiedergabe einschließlich der öffentlichen Zugänglichmachung ihrer Werke vorzusehen haben.



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Rechtsrahmen

Art. 3 Abs. 1 und 2 Rili 2001/29

1) Die Mitgliedstaaten sehen vor, dass den **Urhebern** das ausschließliche Recht zusteht, die drahtgebundene oder drahtlose **öffentliche Wiedergabe** ihrer Werke **einschließlich der öffentlichen Zugänglichmachung** der Werke in der Weise, dass sie Mitgliedern der Öffentlichkeit **von Orten und zu Zeiten ihrer Wahl** zugänglich sind, zu erlauben oder zu verbieten.

(2) Die Mitgliedstaaten sehen für folgende Personen das ausschließliche Recht vor, zu erlauben oder zu verbieten, dass die nachstehend genannten Schutzgegenstände drahtgebunden oder drahtlos in einer Weise der Öffentlichkeit **zugänglich gemacht** werden, dass sie Mitgliedern der Öffentlichkeit **von Orten und zu Zeiten ihrer Wahl** zugänglich sind:

- a) für die **ausübenden Künstler** in Bezug auf die Aufzeichnungen ihrer Darbietungen;
- b) für die **Tonträgerhersteller** in Bezug auf ihre Tonträger;



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Rechtsrahmen

§ 15 Abs. 2 UrhG

(1) ...

(2) Der **Urheber** hat ... das ausschließliche Recht, sein Werk in unkörperlicher Form öffentlich wiederzugeben (Recht der **öffentlichen Wiedergabe**). Das Recht der öffentlichen Wiedergabe umfasst insbesondere

1. das Vortrags-, Aufführungs- und Vorführungsrecht (§ 19),
2. das Recht der **öffentlichen Zugänglichmachung** (§ 19a),
3. das Senderecht (§ 20)



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Rechtsrahmen

§ 19a UrhG

Das Recht der öffentlichen Zugänglichmachung ist das Recht, das Werk drahtgebunden oder drahtlos der Öffentlichkeit in einer Weise zugänglich zu machen, dass es Mitgliedern der Öffentlichkeit von **Orten** und zu **Zeiten ihrer Wahl** zugänglich ist.



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Rechtsrahmen

§ 85 Abs. 1 UrhG

(1) Der Hersteller eines Tonträgers hat das ausschließliche Recht, den Tonträger zu vervielfältigen, zu verbreiten und **öffentlich zugänglich** zu machen. ...



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Begründung

- Der Begriff der öffentlichen Wiedergabe eines Werks gemäß Art. 3 Abs. 1 der Richtlinie 2001/29/EG ist durch die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union geklärt.
 - Danach hat der Begriff zwei Tatbestandsmerkmale, nämlich eine Handlung der Wiedergabe und die Öffentlichkeit dieser Wiedergabe.



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Begründung

- In das Recht der öffentlichen Wiedergabe kann auch durch das Bereitstellen von Hyperlinks eingegriffen werden
 - EuGH, Urteil vom 13. Februar 2014 – C 466/12 - Svensson u.a.
 - EuGH, Urteil vom 21. Oktober 2014 – C 348/13 - BestWater International,
 - EuGH, Urteil vom 8. September 2016 - C-160/15 - GS Media.



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Begründung

- Der in Art. 3 Abs. 1 und 2 der Richtlinie 2001/29/EG einheitlich auszulegende (vgl. EuGH, Urteil vom 17. Juni 2021 - C-597/19, GRUR 2021, 1067 [juris Rn. 41] = WRP 2021, 1033 - M.I.C.M.) **Begriff des öffentlichen Zugänglichmachens** eines Werks oder sonstigen Schutzgegenstands ist durch die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union **nicht** vollständig **geklärt**.



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Begründung

- (1) In der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union finden sich Anhaltspunkte dafür, dass er die Begriffe "Zugänglichmachung" und "Wiedergabe" synonym verwendet.

Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Begründung

- (2) Jedoch sprechen systematische Gründe gegen eine Gleichsetzung der beiden Begriffe. Aus der in Art. 3 Abs. 1 der Richtlinie 2001/29/EG enthaltenen Formulierung "Recht der öffentlichen Wiedergabe einschließlich der öffentlichen Zugänglichmachung" geht hervor, dass es sich bei der öffentlichen Zugänglichmachung um einen besonderen Fall der öffentlichen Wiedergabe handelt (vgl. BGHZ 234, 56 [juris Rn. 72] - YouTube II; vgl. auch EuGH, GRUR 2018, 911 [juris Rn. 32 und 35] - Renckhoff). Es ist daher anzunehmen, dass eine öffentliche Zugänglichmachung alle Kriterien einer öffentlichen Wiedergabe und ein darüber hinaus gehendes Kriterium erfüllen muss.



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Begründung

- 3) Zusätzlich zu fordern sein dürfte jedenfalls - wie im Wortlaut des Art. 3 Abs. 1 und 2 der Richtlinie 2001/29/EG bereits angelegt - die Zugänglichkeit für Mitglieder der Öffentlichkeit von **Orten und zu Zeiten ihrer Wahl**.



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Begründung

- Danach könnte eine öffentliche Zugänglichmachung erfordern, dass Dritten der Zugriff auf einen Schutzgegenstand eröffnet wird, der sich in der Zugriffssphäre des Vorhaltenden befindet, weil möglicherweise **nur derjenige dessen interaktive Übertragung** an Mitglieder der Öffentlichkeit auf Abruf von Orten und zu Zeiten ihrer Wahl **vornehmen kann**, der den Schutzgegenstand zu diesem Zweck in seiner eigenen Zugriffssphäre bereithält.



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Begründung

- Frage 2:

Sind die vom EuGH entwickelten Kriterien für eine Handlung der öffentlichen Wiedergabe nach Art. 3 Abs. 1 der Richtlinie 2001/29/EG durch den Betreiber einer Video-Sharing-Plattform oder Sharehosting-Plattform auch auf die Handlung des Betreibers eines Content Delivery Networks übertragbar?

- Wenn dies nicht der Fall ist: Welche Kriterien gelten für eine eigene Handlung des öffentlichen Zugänglichmachens durch den Betreiber eines Content Delivery Networks?



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Begründung

- Zum Betreiber einer Video-Sharing-Plattform oder Sharehosting-Plattform hat der Gerichtshof der Europäischen Union entschieden, dass diese unter bestimmten Gesichtspunkten eine öffentliche Wiedergabe vornehmen.



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Begründung

Zu den insoweit maßgeblichen Gesichtspunkten zählen

- die Tatsache, dass ein solcher Betreiber, obwohl er weiß oder wissen müsste, dass über seine Plattform im Allgemeinen durch Nutzer derselben geschützte Inhalte rechtswidrig öffentlich zugänglich gemacht werden, nicht die geeigneten **technischen Maßnahmen** ergreift, die von einem die übliche Sorgfalt beachtenden Wirtschaftsteilnehmer in seiner Situation erwartet werden können, um Urheberrechtsverletzungen auf dieser Plattform glaubwürdig und wirksam zu bekämpfen, sowie
- die Tatsache, dass dieser Betreiber an der **Auswahl** geschützter Inhalte, die rechtswidrig öffentlich zugänglich gemacht werden, beteiligt ist,



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Begründung

- auf seiner Plattform **Hilfsmittel** anbietet, die speziell zum unerlaubten Teilen solcher Inhalte bestimmt sind, oder
- ein solches Teilen **wissentlich fördert**, wofür der Umstand sprechen kann, dass der Betreiber ein Geschäftsmodell gewählt hat, das die Nutzer seiner Plattform dazu anregt, geschützte Inhalte auf dieser Plattform rechtswidrig öffentlich zugänglich zu machen
- wenn der Betreiber, obwohl er vom Rechtsinhaber darauf hingewiesen wurde, dass ein geschützter Inhalt über seine Plattform rechtswidrig öffentlich zugänglich gemacht wurde, nicht unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen ergreift, um den Zugang zu diesem Inhalt zu verhindern



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Begründung

Die Betreiber des CDN hat trotz mehrfacher Hinweise der Klägerin nicht unverzüglich, sondern erst nach acht Monaten Maßnahmen ergriffen, um den Zugang zu den urheberrechtsverletzenden Inhalten zu verhindern.



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Begründung

- Unionsrechtlichen Klärungsbedarf sieht der BGH deswegen, weil das in Art. 14 Abs. 1 der Richtlinie 2000/31/EG / Art. 6 Abs. 1 der Verordnung (EU) 2022/2065 vorgesehene "notice and take down"-Verfahren für **Hosting-Dienste** von dem gemäß Art. 13 Abs. 1 Buchst. e der Richtlinie 2000/31/EG / Art. 5 Abs. 1 Buchst. e der Verordnung (EU) 2022/2065 für **Caching-Dienste** abweicht.
- Nach den für Caching-Dienste geltenden Vorschriften löst eine konkrete Kenntnis von einem rechtswidrigen Inhalt noch keine Handlungsobliegenheit aus, deren Nichterfüllung zum Verlust der Haftungsbefreiung führt.



Haftung einer Betreiberin eines Content Delivery Networks für Urheberrechtsverletzungen

BGH, Beschluss vom 31.7.2025 – I ZR 155/23

Praxistipp

Ein Anspruch gegen einen Rechtsverletzer sollte – soweit es möglich ist – immer auf die Verletzung des Rechts der öffentlichen Wiedergabe gemäß § 15 Abs. 2 UrhG gestützt werden, weil der Anwendungsbereich offensichtlich weiter ist als der des § 19 a UrhG.

Im Falle des leistungsschutzberechtigten Tonträgerherstellers ist die Geltendmachung der Verletzung der öffentlichen Wiedergabe nicht möglich, weil der Tonträgerhersteller gemäß § 85 UrhG „nur“ das Recht der öffentlichen Zugänglichmachung hat.